# Bericht des Partei-Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den Internationalen Sozialisten-Kongreß in Wien (1914) über die Tätigkeit der Partei seit dem Kopenhagener Kongreß

# 1. Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

In dem parlamentarischen Bericht, den wir dem Kopenhagener Kongreß vorgelegt haben, war in ausführlicher Weise die sogenannte Reichsversicherungsordnung (Neuregelung der ganzen Arbeiterversicherung) und unser Kampf gegen sie besprochen worden. Wenn wir in diesem Bericht an den Wiener Kongreß feststellen, daß der 1907 gewählte Reichstag die Reichsversicherungsordnung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Partei angenommen hat, dann ist damit in der Hauptsache nachgetragen, was über die Tätigkeit jenes berüchtigten Block-Reichstages noch zu berichten wäre.

## Der neue Reichstag.

Im Januar 1912 wurde ein neuer Reichstag gewählt. Die Wahlen, über die an anderer Stelle dieses Berichts ausführlich berichtet wird, brachten unserer Partei Erfolge, die in der ganzen Internationale lebhafte Freude hervorriefen. Der neue Reichstag sah denn auch wesentlich anders aus als sein Vorgänger. Das trat sofort deutlich bei der Wahl seines Präsidiums in die Erscheinung. Zum ersten Male wurde ein Sozialdemokrat in das Präsidium gewählt, und zwar als erster Vizepräsident. Außerdem wurden auch zum ersten Male zwei Genossen zu Schriftführern gewählt.

Die Hoffnungen, die vielerseits auf eine neue Reichstagsmehrheit gesetzt wurden infolge der bei der Präsidentenwahl bekundeten Festigkeit, wurden aber sehr schnell zunichte gemacht. Die Nationalliberalen, die allezeit Unzuverlässigen, bekamen mit erstaunlicher Fixigkeit wieder "Angst vor der eigenen Courage" und stimmten, als auf Grund der Geschäftsordnung nach vier Wochen die Wahl des Präsidiums wiederholt werden mußte, nicht wieder für den Sozialdemokraten. Das Präsidium war seitdem wieder sozialistenrein.

Man kann wohl sagen, daß die Mehrheit der schwarzblauen Blockparteien (Konservative, Klerikale, Antisemiten, Polen) durch die letzten Reichstagswahlen zertrümmert worden ist. Keineswegs aber kann die Rede sein von einer gesicherten und geschlossen wirkenden Mehrheit der Linken.

Der 1912 gewählte Reichstag mit seinen 111 Sozialdemokraten — einer war in einer Nachwahl noch hinzugewählt worden — ist der Regierung sehr unbequem. Seit dem Bestehen dieses Reichstages sind denn auch die Gerüchte von einer beabsichtigten oder bald bevorstehenden Auflösung des Reichstages nicht verstummt. Bisher hat die Reichsregierung aber wirklich keinen plausiblen Anlaß zur Auflösung finden können; denn der jetzige Reichstag hat sich als der gefügigste aller bisherigen Reichstage gerade auf dem Gebiete erwiesen, das der Regierung das wichtigste ist, dem militaristischen.

## Die neue Heeresverstärkung.

Dieser Reichstag hat eine Militärvorlage bewilligt, wie sie niemals zuvor einem Parlament vorgelegt worden ist. Die Verbündeten Regierungen verlangten die Vermehrung des stehenden Heeres um

4000 Offiziere 15000 Unteroffiziere 117000 Gemeine 27000 Pferde

Innerhalb einer Frist von zwei Jahren sollte das Heer in dieser ungeheuerlichen Weise vermehrt werden und — sämtliche bürgerlichen Parteien haben dieser Vorlage zugestimmt. Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die die Vorlage nicht nur im Reichstage, sondern auch in vielen Millionen von Flugschriften, in Tausenden von Volksversammlungen auf das lebhafteste bekämpft hat. Wie die fortdauernd steigenden Rüstungen das Reich finanziell belasten, geht am deutlichsten aus folgender Gegenüberstellung einiger Jahresausgaben hervor. Es wurden ausgegeben in Mark:

	für	-				1889	1908	1914
								1 338 763 132
							348 973 677	487 952 167
Militär-Pen	sione	n	•			33 711 086	107 495 775	140 506 920
Zinsen der	Reich	1880	chu	ılde	en	37 483 500	154 784 524	184 196 847

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Jedes Wort der Erläuterung scheint überflüssig.

## Die Art der Kostendeckung.

Eine bemerkenswerte Tatsache muß ausdrücklich vermerkt werden. Die großen Fortschritte der Sozialdemokratie waren gewiß nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß die kapitalistischen Mehrheitsparteien des Reichstages bisher alle Lasten in Gestalt von indirekten Steuern und Zöllen dem Volke aufbürdeten, die Heranziehung des Einkommens, Vermögens und Besitzes durch direkte Reichssteuern aber abgelehnt hatten. Unsere Partei hat diese Tatsachen natürlich gebührend in der Agitation benutzt und die energischste Propaganda für ihre grundsätzlichen Steuerforderungen gemacht. Die Erfolge unserer Propaganda sind der Regierung nicht unbekannt geblieben, sie hat daher bei der Einbringung ihrer Heeresvorlage gar nicht gewagt, mit neuen indirekten Steuern zu kommen; sie schlug selbst die Besteuerung des Besitzes und der höheren Einkommen vor.

Auf die Einzelheiten dieser Vorlage und ihrer Behandlung kann hier nicht eingegangen werden; wer sich näher darüber informieren will, der muß Einsicht nehmen in unsere Parteitagsprotokolle mit den sehr eingehenden Berichten über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Hier sei lediglich festgestellt, daß gegen die direkte Besteuerung des Vermögens und Einkommens durch das Reich von den "patriotischen" Parteien in der rücksichtslosesten Weise gearbeitet und intrigiert worden ist. Es mußte infolgedessen mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Vorlagen scheiterten und wiederum dasarbeitende Volk die Kosten hätte tragen müssen. Diese Gefahr wurde durch die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion beseitigt. Hatte sie die Annahme der Militärvorlage nicht vereiteln können, so sicherte sie durch ihr Verhalten doch die Annahme der Steuervorlagen, durch die in erster Linie die besitzenden Klassen getroffen wurden. Es handelte sich dabei um einen besonderen Wehrbeitrag und um eine Vermögens-Zuwachssteuer. Das Verhalten der Fraktion wurde zwar verschiedentlich kritisiert, vom deutschen Parteitag in Jena aber mit großer Mehrheit ausdrücklich gebilligt.

### Zabern!

Der Militarismas war seither schon in Deutschland unbescheiden genug. Nach Annahme der neuen Heeresvorlage erhob er aber sein Haupt übermütiger als je zuvor. Die Proklamation der Militärdiktatur, wie wir sie in der

elsaß-lothringischen Stadt Zabern erlebt haben, übertraf alles, was bisher dagewesen war. Die Zivilbehörden waren beiseite geschoben, harmlose Arbeiter, Bürger und gar Richter waren von der Straße weg verhaftet und zum Teil in den Kasernenkeller gesperrt worden. "Hier hört alle Jurisprudenz auf" hatte ein höherer Offizier erklärt. Ein Sturm der Entrüstung ging durch das ganze Volk. Der sehr entschieden Stellung gegen Reichstag nahm militaristischen Uebergriffe, und als der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Zaberner Vorgänge zu deuteln und zu entschuldigen suchte, wurde ihm mit einer <sup>7</sup>/<sub>8</sub>-Mehrheit ein Mißbilligungsvotum ausgestellt. Aber wie gewöhnlich: die bürgerlichen Parteien fielen sehr schnell um. Auch ein kronprinzliches Telegramm des Inhalts: "Immer feste drauf!" an den am meisten hervorgetretenen Offizier vermochte nicht die bürgerlichen Parteien noch einmal aufzupeitschen. Als schließlich sämtliche beteiligten Offiziere von den Militärgerichten freigesprochen waren auf Grund einer ein Jahrhundert alten, vermoderten Kabinettsorder, deren Rechtsgültigkeit von den hervorragendsten Rechtslehrern bestritten wurde, da ertrugen die bürgerlichen Parteien auch das, ohne sich zu Beschlüssen aufzuraffen, durch die für die Zukunft wenigstens die Bürgerrechte der Soldateska gegenüber hätten sichergestellt werden können. Eine gesetzliche Sicherstellung der Bürgerrechte, wie sie die sozialdemokratische Partei verlangte, wurde abgelehnt.

Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion sich nicht damit begnügt hat, den Kampf gegen den Militarismus nur im Reichstag zu führen.

## Die Treibereien der Kriegsinteressenten.

Die Vorgänge in Zabern sind charakteristische Erscheinungen des Militarismus, dieser Treibhausblüte des Imperialismus. Wie es gemacht wird, den Militarismus immer mehr zu entwickeln, das zeigten die sozialdemokratischen Enthüllungen über das Treiben der Rüstungsindustrie. Diese Enthüllungen hatten einen solchen starken Eindruck im Reichstage gemacht, daß die Regierung notgedrungen der Einsetzung einer Untersuchungskommission zustimmte, nachdem sie sich entschieden geweigert hatte, einen sozialdemokratischen Antrag zu akzeptieren, in dem eine parlamentarische Untersuchungskommission mit dem Rechte der Zeugenvernehmung gefordert war. Da sie es aber strikte ablehnte, gerade den Sozialdemokraten in die

Kommission zu berufen, der die Praktiken der Rüstungsinteressenten zur Sprache gebracht hatte, also sehr gut informiert war, lehnte unsere Fraktion die Beteiligung an der Kommission überhaupt ab. Und nun wird aus der Kommission, die nicht öffentlich tagt, alle paar Tage verkündet, daß alles tadellos zugeht bei uns zulande. Schließlich wird wohl noch behauptet werden, daß das Ausland Kruppsche Panzerplatten niemals billiger hat kaufen können als das eigene deutsche Vaterland!

# Auswärtige Politik.

Die Vorgänge auf dem Balkan sind im Reichstage wiederholt behandelt worden. Für unsere Fraktion waren entscheidend die Grundsätze, die der letzte außerordentliche Internationale Kongreß in Basel aufgestellt hatte. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei den Verhandlungen über die auswärtige Politik auch die Behandlung der Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer durch die preußischen Verwaltungsbehörden gekennzeichnet und die verschiedenen Ausweisungen gebührend gebrandmarkt worden sind.

### Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Die großen Erfolge der Sozialdemokratie haben unsere Gegner zu immer neuen Versuchen veranlaßt, unsere Par-Bisher sind alle Kampfmethoden tei zu unterdrücken. unserer Gegner fehlgeschlagen. Den größten Erfolg für uns brachte bisher das Sozialistengesetz, das uns doch mit Stumpf und Stiel hatte ausrotten sollen. Jetzt will man uns lahmlegen, indem man uns den Zustrom der Jugend abzusperren sucht. Die proletarische Jugendbewegung sucht man gewaltsam zu unterdrücken. Die Gewerkschaften erklärt man für politisch, damit sie nach den vereinsgesetzlichen Bestimmungen jugendliche Mitglieder (solche unter 18 Jahren) nicht behalten oder aufnehmen dürfen. Es braucht nicht bestritten zu werden, daß uns durch derartige Maßnahmen allerlei Scherereien gemacht werden können. Aber wenn man im Lager unserer Gegner ernstlich glauben sollte, daß man uns dadurch die Jugend wirklich absperren kann, dann sind die Herrschaften auf dem Holzwege. Druck erzeugt Gegendruck. Wie man die Agitation für die Gewerkschaften fördert durch die Versuche, das Koalitionsrecht einzuschränken oder gar zu zertrümmern, so wird man auch den Eifer unserer agitatorisch tätigen Genossen nur anspornen, wenn man unserer Partei neue Fesseln anlegen will.

In diesen wenigen Sätzen sind gleichzeitig viele Kämpfe angedeutet, die die Fraktion im Reichstage hat ausfechten müssen für die wertvollsten Rechte der Arbeiter. Diesem Zwecke diente auch eine Interpellation betr. die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Dieses vor wenigen Jahren geschaffene "liberale" Gesetz wird namentlich von untergeordneten Behörden in wirklich skandalöser Weise gehandhabt. Entgegen den Bestimmungen des Gesetzes werden Versammlungen verboten, noch bevor sie eröffnet sind, oder sie werden aufgelöst, wenn es dem überwachenden Polizisten beliebt. Die Antworten der Minister auf unsere Anklagen sind immer gleichlautend: Es handle sich um Einzelfälle, die untersucht werden müßten. Dabei bleibt alles beim alten. Die Einzelfälle häufen sich immer mehr und das ist schließlich kein Wunder bei dem Verhalten der Regierung.

# Interpellationen.

Die Lebensmittelteuerung, die 1912 besonders groß war, gab der Fraktion wiederum Veranlassung zu einer Interpellation. Sie war nicht ganz erfolglos. Die Verbündeten Regierungen ließen bestimmte Erleichterungen bei der Fleischeinfuhr aus dem Auslande zu. Den Städten, die die Fleischeinfuhr und den Verkauf selbst übernahmen, wurde ein Teil des gezahlten Zollbetrages zurückgegeben. Die Maßnahmen waren vollkommen ungenügend, aber trotzdem nicht ganz ohne Folgen. In vielen Städten gelang es, die Fleischpreise ein wenig zu drücken. Die Maßnahme war nur eine vorübergehende, die Agrarier duldeten nicht, daß sie zu einer dauernden gemacht wurde.

Bei einer Interpellation über die Arbeitslosigkeit versagten die Bürgerlichen und die Regierung vollkommen. Die von uns geforderte Arbeitslosenversicherung wurde mit den fadenscheinigsten Gründen abgetan.
Während die Gemeinden und die Bundesstaaten, wenn
dort die Arbeitslosenversicherung gefordert wird, auf das
Reich verweisen, das in erster Linie die Verpflichtung der
Arbeitslosenfürsorge habe, wurde im Reichstag auf die
Gemeinden verwiesen, die die Pflicht hätten, für ihre arbeitslosen Einwohner zu sorgen. So schiebt eine Instanz
der anderen die Erfüllung sozialer Pflichten zu. Keine
aber ist geneigt, helfend einzugreifen und so könnten die
Arbeitslosen verhungern, wenn sie nicht von ihren gewerkschaftlichen Organisationen unterstützt würden. Wie die

\_ 7 \_

herrschende Klasse aber gerade diesen Gewerkschaften das Leben zu erschweren sucht, haben wir weiter oben bereits erwähnt.

# Stillstand der Sozialpolitik.

Auf sozialpolitischem Gebiete ist bei uns alles ins Stocken geraten. Die einzige Frucht des letzten Winters war ein Gesetz, durch das einige Aenderungen an den Bestimmungen über die Konkurrenzklausel vorgenommen worden sind. Die wichtigste dieser Bestimmungen ist, daß die Konkurrenzklausel für keinen Angestellten mehr in Betracht kommen soll, der nicht mindestens ein Jahreseinkommen von 1500 Mk, hat! Das heißt, daß auch jeder Arbeiter, der wöchentlich 30 Mark Lohn bezieht, der Klausel noch zum Opfer fallen kann. Die Hauptbestimmung der Konkurrenzklausel ist die, daß der Arbeiter oder Angestellte für eine bestimmte Zeitdauer nach Aufgabe seiner bisherigen Beschäftigung nicht in Konkurrenzunternehmen innerhalb derselben Stadt, derselben Provinz oder gar des ganzen Landes eintreten darf. Selbstverständlich hat unsere Fraktion das Verbot derartiger Bestimmungen gefordert. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien waren dafür aber nicht zu haben und wenn die Lohnhöhe, die als unterste Grenze für die Anwendbarkeit der Konkurrenzklausel gilt, über 1500 Mark hinauf vom Reichstage festgesetzt worden wäre, dann wollte die Regierung das Gesetz scheitern lassen. für sie "unannehmbar" geworden. Dann wäre es

Stellen wir noch fest, daß es im Reichstag auch wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen unserer Partei mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung wegen der Kolonialpolitik gekommen ist, dann haben wir zwar längst nicht alle, aber doch die wichtigsten Gebiete berührt, die unserer Fraktion im Reichstag Anlaß zu den verschiedensten Vorstößen gegeben haben.

# Die politische Lage

läßt sich mit wenigen Worten skizzieren: auf dem Gebiete der Sozialpolitik geschieht nichts, da ist vollkommener Stillstand eingetreten; gegen die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter wird von der Reaktion Sturm gelaufen; Militarismus und Marinismus werden in geradezu maßloser Weise weiter gefördert.

Daß die sozialdemokratische Fraktion diesen Tatsachen entsprechend im Reichstage handelt, ist selbstverständlich. Daß sie in und mit dem Volke im Sinne des revolutionären Sozialismus unermüdlich tätig ist, geht aus den Darstellungen der übrigen Kapitel dieses Berichts hervor.

# 2. Die politische Bewegung.

Kopenhagener Kongreß hatten Deutschland ein sehr bewegtes politisches Leben. Die Vorgänge, die hierzu Veranlassung gaben, sind zum Teil in dem vorstehenden Kapitel über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits geschildert. parlamentarischen Debatten waren jedoch nur ein Echo der das ganze Volk aufwühlenden Auseinandersetzungen über die Probleme der deutschen und der internationalen Politik. Die Organisationen der Partei waren dauernd in Bewegung, um, anknüpfend an die großen Fragen des Tages, unter den uns noch fernstehenden, aber ihrer Klassenlage nach zu uns gehörenden Schichten der Bevölkerung neue Streiter für die Ideale des Sozialismus zu gewinnen. Versammlung über Versammlung fand statt; Flugblatt über Flugblatt ging hinaus, um die Massen aufzuklären über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Teuerung aller Lebensmittel und des Kampfes gegen den die Welt erschütternden Imperialismus, der uns um Marokkos willen und dann wieder während der Balkankriege an den Rand eines Weltkrieges gebracht hatte, über die Notwendigkeit einer deutsch-englischen Freundschaftspolitik und einer deutsch-französischen Verständigung, über die Notwendigkeit eines erbitterten Kampfes gegen die Reaktion im Innern, die mit brutalen Polizeimitteln auf dem Verwaltungswege das gesetzlich garantierte Vereinigungsrecht der Arbeiter zu beeinträchtigen suchte, über die Notwendigkeit eines Kampfes für Mutter-, Jugend-, Kinder- und Säuglingsschutz, die bei der Beüber die Reichsversicherungsordnung schlußfassung schnöde vernachlässigt wurden. Wie umfangreich diese aufklärende und aufrüttelnde Tätigkeit der Partei war, zeigt z. B. das Jahr 1911 — das kein Jahr allgemeiner Wahlen war -, in dem von der sozialdemokratischen Partei im ganzen Reiche zusammen 35626 Mitgliederversammlungen und 13163 öffentliche Volksversammlungen abgehalten, 33 525 719 Flugblätter und 2849883 Broschüren und Agitationskalender gratis verteilt wurden.

In einem großen Teile Deutschlands wurde die Agitation zur Reformierung des Wahlrechts zu den

Parlamenten der Bundesstaaten fortgesetzt. Wir haben in unserm Bericht an den Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen eingehend die Bedeutung des preußischen Wahlrechts für die deutsche Politik gewürdigt und verweisen hierauf. Ueber die Vorlage, welche die preußische Regierung im Jahre 1910 dem preußischen Landtage vorlegte, angeblich um das 1908 in der Thronrede gegebene Versprechen des Königs von Preußen für eine organische Fortentwickelung des preußischen Wahlrechts zu erfüllen. konnte zwischen Kammern und Regierung keine Einigung erzielt werden. Kein Preuße war betrübt, als das durch die parlamentarische Behandlung noch weiter verschandelte unglaubliche Machwerk im Papierkorb des Landtags verschwand. Leider gelang es bisher der Volksbewegung noch nicht, die preußische Regierung zur Einbringung einer neuen, auf die Wünsche der breiten Massen des Volkes mehr Rücksicht nehmenden Vorlage zu zwingen. Doch die Wahlrechtsbewegung wird weitergeführt werden. Herrschaft der preußischen Junkerkaste muß ein Ziel gesetzt werden, denn nur so kann der Weg für eine Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände freigelegt preußischen Landtagswahlen von werden. Die 1913 dienten von neuem dazu, das preußische Volk über das preußische Verfassungselend aufzuklären. Infolge des die Massen entrechtenden Wahlunrechts gelang es aber nur, zehn sozialdemokratischen Abgeordneten zum Siege zu verhelfen. Auch in den beiden Mecklenburg, wo noch eine feudale Ständeverfassung gilt, und im Herzogtum Braunschweig, wo vor und nach dem Regierungsantritt des Welfenherzogs mächtige Wahlrechtsdemonstrationen stattfanden, härrt die Wahlrechtsfrage noch ihrer Lösung.

Hingegen gelang es im Deutschen Reichstag, für die Wahlen zum els aß-lothring ischen Landtag das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wenigstens für die Staatsbürger durchzusetzen, die drei Jahre im Lande und ein Jahr in der Gemeinde ansässig sind. Das Schicksal dieser Vorlage hing von der sozialdemokratischen Partei ab, der es gelang, das infame Pluralwahlrecht der Regierungsvorlage zu Fall zu bringen. Das neue Wahlrecht ist ein guter Kampfboden für die weitere Verbesserung der elsaß-lothringischen Verfassungsverhältnisse. Die Demokratisierung Elsaß-Lothringens ist aber im Interesse der deutsch-französischen Annäherung dringend geboten. Bei den ersten Wahlen unter der neuen elsaß-lothringischen

Verfassung gewann die sozialdemokratische Partei 70 271 Stimmen und eroberte von 60 Mandaten elf.

Für die Wahlen zu den Landtagen der deutschen Einzelstaaten gelten die verschiedenartigsten Wahlsysteme. Es würde zu weit führen, diese komplizierten Systeme hier im einzelnen zu schildern. Fast in allen Einzelstaaten und selbst unter den verrücktesten Wahlsystemen gelang es der sozialdemokratischen Partei im Laufe der Zeit in die Kammern einzudringen. Zurzeit verfügt die Partei über 220 Landtags mandate, die sich auf die Landtage der Einzelstaaten wie folgt verteilen:

Bayern				<b>3</b> 0	Schwarzburg-Rudolstadt	9
					Gotha	
					Hessen	
					Sachsen-Altenburg	
					Sachsen-Weimar	
					Reuß ä. L	
Lübeck	•	٠	•	13	Reuß j. L	2
					Anhalt	
					Schaumburg-Lippe	
Preußen	•	•		_10	Lippe	1
Sachsen-Meiningen	•	•		9	Schwarzburg-Sondershausen	1

Auf die deutsche Kommunalpolitik gewinnt die sozialdemokratische Partei steigenden Einfluß. Nach einer im Jahre 1913 aufgenommenen Statistik wurden in den Stadtverordnetenversammlungen und Magistraten von 509 deutschen Städten bereits 2886 und in den Gemeindevertretungen von 2973 deutschen Landgemeinden bereits 9115 Vertreter gezählt, die auf das sozialdemokratische Programm gewählt waren.

Die politische Bedeutung des Ausfalls der letzten Reichstagswahlen ist bereits im ersten Kapitel gewürdigt. Hier sei deshalb nur noch einiges über das Ergebnis der Reichstagswahl von 1912 nachgetragen. Bei der Hauptwahl am 12. Januar 1912 wurden 4250329 sozialdemokratische Stimmen abgegeben gegen 3259020 im Jahre 1907. Die Wahlbeteiligung betrug 84,5 Proz. gegen 84,7 Proz. der Wahl von 1907. Wir haben also innerhalb fünf Jahren rund eine Million neuer Wähler gewonnen. Jeder dritte über 25 Jahre alte Reichsdeutsche, der zur Wahlurne ging, hat 1912 sozialdemokratisch gewählt! Bei einem Verhältniswahlsystem hätte der sozialdemokratischen Partei auch ein Drittel der Reichstagsmandate zufallen müssen.

Statt dessen eroberte sie bei der Hauptwahl nur 64 Sitze und in der Stichwahl gewann sie noch 46 Sitze, zum Teil durch die Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei, der auf Grund eines Wahlabkommens in anderen Kreisen Gegenhilfe gewährt wurde.

Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, wie viele Mandate den einzelnen Parteien bei der Hauptwahl, wie viele bei der Stichwahl und danach insgesamt zugefallen sind, wie viele ihnen aber bei einer Verhältniswahl (mehr oder weniger) hätten zufallen müssen.

Parteien	Mandate in der Hauptwahl gewonnen	An Stichwahlen beteiligt	In der Stichwahl gewonnen	Insgesamt also Mandate	Entsprechend d. Stimmenzahl hätten ihnen zufallen müssen	Erhielten also + oder
Konservative Reichspartei Zentrum Wirtsch Verein u Antisemiten Polen Welfen Elsässer Lothringer Dänen Wilde Sozialdemokraten Nationalliberale Fortschrittliche Volkspartei Bayrischer Bauernbund Deutscher Bauernbund	28 5 79 2 14 — 7 1 1 — 64 4 — 1	46 18 28 21 11 5 2 2 — 124 68 57 —	17 8 11 9 4 5 - 1 - 6 46 40 42 1	45 13 90 11 18 5 7 2 1 6 110 44 42 2	37 12 67 12 14 3 2 1 - 2 139 54 51 1 2	+ 8 + 1 + 23 - 1 + 3 + 5 + 1 + 1 + 29 - 10 - 9 + 1
Zusammen	206	382	191	397	397	

Die Sozialdemokraten und die beiden liberalen Parteien haben also zusammen 48 Mandate weniger, als ihnen auf Grund der für sie abgegebenen Stimmen zukommen. Am meisten benachteiligt ist aber die Sozialdemokratie, der 29 Mandate zu wenig zufielen. Schuld an dieser Benachteiligung ist die Wahlkreiseinteilung, die auf die Verschiebungen in der Bevölkerungszahl keine Rücksicht nimmt. Seit Gründung des Deutschen Reichs, also seit fast einem halben Jahrhundert, hat eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise nicht mehr stattgefunden. Hierdurch wird die Arbeiterklasse am meisten benachteiligt, da durch die ungeheure Entwickelung der Industrie in Deutschland das platte Land entvölkert und die Arbeitermassen in den Großstädten und Industriezentren zusammengepfercht wurden.

Bei den Nach wahlen, die seit 1912 stattfanden, hat die sozialdemokratische Partei das Mandat für Jerichow verloren, dafür aber die Mandate für Zauch-Belzig und für Borna-Pegau erobert, so daß zurzeit von den 397 Abgeordneten des Deutschen Reichstags 111 Sozialdemokraten sind. Die Nachwahlen haben bewiesen, daß die rote Flut weiter im Steigen ist.

Der Kampf der Partei gegen Unrecht und Unterdrückung erfordert große Opfer. Besonders in letzter Zeit gehen die Behörden wieder außerordentlich scharf gegen die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter vor. Der Kampf gegen den Militarismus und die Beschäftigung mit dem preußischen Kronprinzen haben in letzter Zeit zu harten Urteilen gegen sozialdemokratische Redakteure und Redner geführt. Noch härfer verfuhr die Justiz gegen Arbeiter, die bei Streiks beteiligt waren und dabei den oft sehr zweifelhaften Elementen unter den sogenannten Arbeitswilligen nicht die "gebührende Hochachtung" entgegengebracht haben sollen. So wurden zum Beispiel nach dem großen Streik der Ruhrbergleute im Jahre 1912 in drei Monaten durch die Schnelliustiz in Rheinland-Westfalen 510 Männer und 166 Frauen wegen angeblicher Beleidigung von Streikbrechern zu insgesamt 85½ Jahren Gefängnis und 11699 Mk. Geldstrafe verurteilt.

# 3. Organisation der Partei.

Das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei, dessen Bestimmungen wir im Bericht an den Kopenhagener Kongreß ausführlich mitgeteilt haben, hat durch den Chemnitzer Parteitag eine wesentliche Aenderung erfahren insofern, als dort die Einsetzung eines aus Vertretern der Landes- und Bezirksorganisationen bestehenden Parteiausschusses beschlossen wurde. Die über den Parteiausschuß beschlossenen neuen Bestimmungen des Organisationsstatuts lauten:

"Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Fest-

setzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen."

Bei dieser Aenderung des Organisationsstatuts wurde u. a. auch den Kreisen mit großer Mitgliederzahl ein stärkeres Vertretungsrecht auf dem Parteitag eingeräumt. Die Bestimmungen über die Beschickung des deutschen Parteitages lauten in der jetzt gültigen Fassung:

"Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

- 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden:
  - In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
- 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
- 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
- 4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen."

Die Grundlage der deutschen Parteiorganisation bilden die Parteivereine in den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein der Partei gegründet werden. Diese sind jedoch nur Untergruppen der Kreiswahlvereine. Die Vereine der einzelnen Reichstagswahlkreise schließen sich zu Bezirks- oder Landesverbänden zusammen. Diese Bezirksverbände führen die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten, die indes mit dem Organi-

sationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen. Zurzeit gliedert sich die Parteiorganisation in 38 Bezirks- oder Landesverbände. An der Spitze der Verbände steht ein Vorstand, dessen Geschäfte durch einen oder zwei Sekretäre geführt werden. Im ganzen sind 50 Bezirks- oder Landessekretäre tätig.

Mit dem Vorstand der Gesamtpartei stehen die Vorstände der Bezirks- und Landesverbände in regem Verkehr.

Die Geschäfte der größeren Kreisorganisationen werden vielfach von festbesoldeten Sekretären verwaltet. In den Kreisorganisationen waren 1913 insgesamt 100 Sekretäre tätig.

Nach der Größe der Wahlkreisorganisationen gruppierten sich die Mitglieder wie folgt:

Zahl der Wahlkreise		Mitgliederstaffel	Mitgliederzahl			
1912	1913		1912	1913		
122 38 53 37 24 17 19 14 6 12 5 7 11 5 4 5 3 0 4 1 1 3	129 24 58 38 26 15 14 16 9 10 5 9 8 7 4 7 5 0 1 2 4 2 0 3 1	Unter 300 301 bis 500 501 , 1000 1 001 , 1500 1 501 , 2000 2 001 , 2500 2 501 , 3000 3 001 , 3500 3 501 , 4000 4 001 , 4500 4 501 , 5000 5 001 , 6000 6 001 , 7000 7 001 , 8 000 8 001 , 9 000 9 001 , 10 000 10 001 , 12 000 12 001 , 14 000 14 001 , 18 000 18 001 , 20 000 18 001 , 20 000 20 001 , 35 000 30 001 , 35 000 40 001 , 45 000	13 205 14 341 37 692 45 016 41 267 35 254 51 651 45 796 22 332 50 732 23 716 38 316 71 047 36 394 32 853 47 247 33 821 26 418 45 122 73 363 20 218 25 267 96 512 42 532	15 046 9 540 40 493 45 741 45 076 33 836 38 308 51 257 33 103 42 452 23 884 51 030 51 556 52 467 33 397 56 851 65 281 — 15 823 34 106 56 362 43 892 — 98 890 44 459		
397	397	Summa	a 970 112	982 850		

Es gibt keine Kreisorganisation mehr, die von den männlichen Mitgliedern einen geringeren als den im § 5 des Organisationsstatuts der Partei festgesetzten Mindestbeitrag von 30 Pf. pro Monat erhebt. Mit dem Beitrag für weibliche Mitglieder blieben 1913 noch vier Kreise mit zusammen 179 weiblichen Mitgliedern unter dem statutarischen Mindestbeitrag von 15 Pf. pro Monat zurück.

Ueber die Entwickelung und Stärke der Parteiorganisation seit dem Kopenhagener Kongresse gibt folgende Tabelle Auskunft:

fts-	Zahl der Orte	Mitglie	ederzahl	Verhältnis der
Geschäfts- jahr	mit Parteivereinen	insgesamt	darunter weibliche	Mitgliederzahl zu den soziald. Reichstagswähl, in Prozenten
1909	3 281	633 309	62 259	19,1
1910	3 831	720 038	82 642	22,09
1911	4 216	836 562	107 693	25,66
1912	4 827	970 112	130 371	22,8
1913	4 978	982 850	141 115	23,1

Im letzten Jahre hatte die Parteiorganisation unter der schweren wirtschaftlichen Krise an Mitgliedern und die Parteipresse an Abonnenten verloren. Parteivorstand und Parteiausschuß beschlossen deshalb die Abhaltung einer "Roten Woche", die für die Zeit vom 8. bis 15. März festgesetzt wurde. Dank der unermüdlichen Kleinarbeit unserer Genossinnen und Genossen und dank der tüchtigen Vorarbeit unserer Parteipresse für die "Rote Woche" brachte diese Propagandawoche der Partei einen überaus großen Erfolg. Es wurden insgesamt für die Parteiorganisation 140 096 Mitglieder und für die Parteipresse 82 537 Abonnenten neugewonnen.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Partei in den letzten vier Jahren gibt folgende Tabelle eine Uebersicht:

Geschäfts- jahr	Einnahmen	Ausgaben
1910	935 409,86	815.557,97
1911	1 357 761,62	897 180,48
1912	1 697 630,85	1 753,656,26
1913	1 469 718,63	1 753,656,26 1 075 551,88

# 4. Frauenbewegung.

In der deutschen Partei arbeiten Männer und Frauen in den sozialistischen Vereinen unter völliger Gleichberechtigung gemeinsam. Das Organisationsstatut der Partei sieht vor, daß in den Organisationen, die weibliche Mitglieder haben, auch ein weibliches Vorstandsmitglied gewählt werden muß, das im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben hat. 1913 be saßen 228 Kreisvereine weibliche Vor-

standsmitglieder. Auch in den Vorständen der Landes- und Bezirksverbände sitzt fast durchweg ein weibliches Vorstandsmitglied und dem Parteivorstand gehört ein solches als Sekretärin an. Zur Aufklärung und Schulung der Frauen finden für die organisierten Frauen in fast allen größeren Orten monatlich einmal Frauen lie seaben de statt. Stoff zur Schulung der Frauen liefert das Organ der sozialistischen Frauen, die "Gleichheit", die in 112 000 Exemplaren erscheint, und die "Sozialistische Frauen bibliothek", eine Sammlung leicht verständlicher Broschüren über die Frauen besonders interessierende Themata, die fortgesetzt wird.

Im Jahre 1913 waren 141 115 weibliche Mitglieder in der Partei organisiert. Die Genossinnen haben bei allen Wahlen der Partei durch Hilfe bei den schriftlichen Vorarbeiten, Austragen der Stimmzettel und Flugblätter und durch Schleppen der Wähler wertvolle Dienste geleistet und ihre politische Reife dadurch öffentlich dokumentiert.

Besonders verdient haben sich die Frauen um den Kinderschutz gemacht. Besondere Kinderschutz-kommissionen haben darauf zu achten, daß Kinder nicht in gesetzwidriger Weise gewerblich beschäftigt werden. 1913 gab es bereits in 202 Orten solche Kommissionen.

# 5. Jugendbewegung.

Ueber die Anfänge der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands und die Beschlüsse des Nürnberger Parteitags und des Hamburger Gewerkschaftskongresses, die die Grundlage für die Arbeit unserer Arbeiterjugendbewegung sind, haben wir in unserm Berichte an den Kopenhagener Kongreß ausführlich berichtet. Die "Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands", in welcher Vertreter des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften und Vertrauensleute der Jugendlichen sitzen, leitet die Agitation unter den Jugendlichen. In gleicher Weise sind die Jugendausschüsse zusammengesetzt, die in 655 Orten die Bildungsarbeit unter den Jugendlichen leiten.

Wegen des deutschen Reichsvereinsgesetzes, das Jugendlichen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet, muß die Tätigkeit der deutschen Arbeiterjugendbewegung eine unpolitische sein. Unsere Jugendbewegung beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Jugendlichen, der

Körperpilege, der Unterhaltung und namentlich mit der Förderung der Bildungsbestrebungen unter der Jugend, besonders auf geschichtlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete im Sinne der proletarischen Weltanschauung. Trotzdem wird die Arbeiterjugendbewegung von Behörden und Gerichten auf das heftigste verfolgt. Die bürgerliche Welt, die sich, von religiösen Vereinigungen abgesehen, früher um die Arbeiterjugend gar nicht kümmerte, hat vom Staate jährlich durch Millionen von Mark unterstützt - große Organisationen zur Pflege der Jugendbewegung gebildet, die krampfhafte Versuche machen, um auch die Jugendlichen aus Arbeiterkreisen für ihre Zwecke einzufangen. Die deutsche Arbeiterjugend wird aufgerüttelt durch diesen Kampf, den die Arbeiterbewegung um die Seele der jugendlichen Arbeiter gegen die verbündeten reaktionären Mächte des Klassenstaats führen muß.

Dabei haben alle nüchternen Gegner anerkannt, welch wertvolle Dienste die Arbeiterjugendbewegung der Kultur durch ihre Bildungsbestrebungen und durch den Kampf gegen den Alkoholismus und gegen die Schundliteratur leistet.

1913 hatten 291 Orte bereits ein Arbeiter-Jugendheim, aus einem oder mehreren Zimmern bestehend, in denen die Jugendlichen beider Geschlechter zwanglos zum Lesen und Spielen zusammenkommen und in denen meist auch eine besondere Jugendbibliothek untergebracht ist. Die "Arbeiter-Jugend", das Organ der Arbeiterjugend, hat in 560 Orten mehr als 100 000 Abonnenten.

# 6. Presse und Literatur.

Seit dem Kopenhagener internationalen Sozialistenkongreß ist die Zahl der sozialdemokratischen Tageszeitungen von 74 auf 90 gestiegen, die in 62 Parteidruckereien hergestellt werden. Die Abonnentenzahl der Partreipresse betrug 1913 einschließlich der Abonnenten der "Gleichheit" 1 465 212. An der Parteipresse waren 1913 beschäftigt:

- <del>-</del>								
Festangestellte Redakt	eur	e						267
Geschäftsführer · ·	•	•	•	•	•		•	89
Kaufmännisches Person	ıal	•		•	•		٠.	273
Sonstige Verwaltungsa	ng	est	ell	te		•		140
Festangestellte Inserat	ena	akq	uis	site	ur	e	; <b>-</b>	85
Technisches Personal		•	•		•		•	2646
Zeitungsausträgerinnen	. •			•	•	•	•	7589

In Berlin unterhält die Partei ein sozialde mokratische SPressebureau, das täglich wichtige politische und gewerkschaftliche Nachrichten durch Brief und Telephon an die Parteipresse des Reiches weitergibt und zur Erlangung von Nachrichten aus dem Reiche einen besonderen Dienst organisiert hat. Das Pressebureau arbeitete 1912/13 mit einem Jahresetat von 59 780,34 Mark. Die Parteipresse brachte 28 807 Mk. dieser Unkosten selbst auf. 26 000 Mk. schoß die Zentralkasse zu.

Das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, die wöchentlich einmal erscheinende "Neue Zeit" hat 10 500 Abonnenten Die zur Unterstützung der Tätigkeit der sozialistischen Gemeindevertreter wöchentlich erscheinende "Kommunale Praxis" hat 3530 Abonnenten, das Witzblatt der Partei, der "Wahre Jakob" hat 371 000 Abonnenten und die "Neue Welt", die einer Reihe Tagesblätter als wöchentliche illustrierte Unterhaltungsbeilage beigegeben wird, hat eine Auflage von 500 000.

Neben den zahlreichen Flugblättern und Flugschriften, welche der Parteivorstand alljährlich herausgibt, erscheint 14tägig die "Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", welche den Rednern und Redakteuren der Partei unentgeltlich zugestellt wird, in einer Auflage von 5100 Exemplaren. In Düsseldorf unterhält die Partei außerdem ein besonderes "Sozialdemokratisches Bureau für Rheinland-Westfalen", das nach Bedarf Pressebriefe und gedrucktes Agitationsmaterial für die Agitatoren, besonders zur Bekämpfung der Klerikalen und zur Zurückweisung der scharfmacherischen Bestrebungen der Schwerindustrie herausgibt. Dieses Agitationsmaterial wird in einer Auflage von 6000 Exemplaren gratis abgegeben.

Zur Agitation unter der Schiffer-und Fischer-Bevölkerung erscheint alljährlich ein besonderer Kalender in einer Auflage von 60 000.

Die Landes- und Bezirksorganisationen geben gleichfalls zahlreiche Flugblätter und Flugschriften heraus. Außerdem erscheinen in 23 Bezirken regelmäßig besondere Agitationsblätter, und zwar 1 viermonatlich, 3 dreimonatlich, 4 zweimonatlich, 12 einmal monatlich, 1 monatlich zweimal und 2 wöchentlich. 30 Bezirke geben gratis Agitationskalender heraus.

Der Warenumsatz der "Buchhandlung Vorwärts" betrug im Geschäftsjahr 1911/12 790 709,64 Mk., 1912/13 (9 Monate) 623 245,64 Mk. Vom 1. Oktober 1914 ab wird die Partei auch ein im Tiefdruckverfahren hergestelltes illustriertes Unterhaltungsblatt erscheinen lassen.

Der Pflege der sozialistischen Theorie widmet sich besonders der Parteiverlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart, neben dem die Parteiverlage in Berlin, Dresden, Hamburg, München wissenschaftliche Literatur herausgeben.

#### 7. Parteischule.

Ueber die Einrichtung, den Zweck und den Lehrplan der 1905 gegründeten Parteischule haben wir in unserm Bericht an den Kopenhagener Kongreß eingehend berichtet. Auch in den Jahren seither hat im Winter ein sechs Monate währender Kursus der Parteischule stattgefunden mit Ausnahme des Winters 1911/12, in dem die Reichstagswahlen stattfanden und deshalb alle verfügbaren Kräfte zur Agitation im Lande gebraucht wurden. An den Kursen nahmen jährlich zirka 30 Schüler teil, die aus von den Landes- und Bezirksverbänden aufgestellten Vorschlagslisten ausgewählt werden. Den Unterhalt der Schüler während ihres halbjährigen Aufenthalts in Berlin, das Lehrerhonorar und die sachlichen Kosten der Schule zahlt die Zentralparteikasse. Die Familien der verheirateten Schüler werden während der Dauer der Schulzeit von den Bezirksorganisationen unterhalten. An der Parteischule wurden im Winter 1912/13 gelehrt: Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (242 Stunden), Deutsche Geschichte (100). Geschichte der gesellschaftlichen Entwickelung (102), Geschichte des Sozialismus (80), Materialistische Geschichtsauffassung (28), Arbeiterrecht (70), Strafrecht und Strafvollzug (34). Ferner wurden das sozialdemokratische Parteiprogramm in 52 und die formalen Unterrichtsfächer in 70 Stunden behandelt. Von den 30 Sitzen der Parteischule sind bis zu zehn den Gewerkschaften eingeräumt. Der Zuschuß der Zentralparteikasse zu den Kosten der Parteischule betrug im Geschäftsjahr 1912/13: 42 804,90 Mk.

# 8. Bildungsbestrebungen.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen der Partei ist ein aus 9 Mitgliedern bestehender Zentralbildungs ausschuß eingesetzt, dessen Mitglieder alljährlich gewählt werden. Dieser Zentralbildungsausschuß steht in regem Verkehr mit den 791 örtlichen Bildungs ausschuß sen, die ihrerseits wieder durch Bezirksbildungsausschüsse miteinander zu gemeinsamer Arbeit verbunden sind, weil so für größere Gebiete die Bildungsarbeit

zweckentsprechender und billiger-organisiert werden kann. 1m Berichtsiahre 1912/13 lagen aus 331 Orten Mitteilungen über die Einnahmen und die Ausgaben der Bildungsausschüsse vor. Die Summe dieser Einnahmen betrug 761 202,42 Mk., die Gesamtsumme der Ausgaben 732 479,90 Mark. In 215 Orten wurden nach diesen Berichten 420 Vortragskurse mit 2519 Vorträgen vor 44 146 Teilnehmern abgehalten. In 188 Orten wurden ferner 599 wissenschaftliche Einzelvorträge, darunter 188 Lichtbildervorträge, abgehalten, an denen sich 117 962 Besucher beteiligten. In 39 Orten wurden 67 Führungen durch Museen und industrielle Unternehmungen durch die Bildungsausschüsse veranlaßt. In 224 Orten fanden 668 künstlerische Veranstaltungen (Dichterabende, musikalische Veranstaltungen, Rezitations- und Kunstabende, Lieder- und Märchenabende für Kinder) statt. 165 Orte berichteten über 848 Volksvorstellungen Theaterabende. In 108 Orten fanden vor Weihnachten Jugendschriften- und Wandschmuck-Ausstellungen statt.

In 294 Orten bestehen Zentralbibliotheken. Außerdem berichteten 73 Orte über 240 Einzelbibliotheken.

Der Zentralbildungsausschuß vermittelt Wanderlehrer für die wissenschaftlichen Vortrags- und Unterrichtskurse, in welchen Volkswirtschaft, Geschichte, Gewerkschaftswesen, Kunst, Literatur, Verfassungswesen, Pädagogik, Naturwissenschaften, Technik das Stoffgebiet sind. Im Berichtsjahre 1912/13 fanden 206 solcher Kurse mit 941 Vorträgen vor 29836 Teilnehmern (darunter 4745 Frauen) statt. Diese Kurse verursachten eine Ausgabe von 33685,76 Mk. Der Zuschuß des Parteivorstandes zu den Kosten dieser Kurse betrug 9437,40 Mk.

Der Zentralbildungsausschuß gibt ferner Anleitungen, gen für künstlerische Veranstaltungen, Führungen in Dramen und Opern, Musterkataloge für Bibliotheken, Verzeichnisse künstlerischen Wandschmucks und Verzeichnisse empfehlenswerter Jugendschriften heraus.

Ein Wegweiser für Bibliothekare erscheint demnächst. Für Lichtbilder ist eine Leihzentrale eingerichtet. Aus den verschiedensten Wissensgebieten sind Serien von Lichtbildern zusammengestellt worden, zu denen Fachleute Vortragsgrundrisse ausgearbeitet haben. Jetzt geht der Zentralbildungsausschuß in ähnlicher Weise auch auf kinematographischem Gebiete vor, damit durch Darbietung guter Films der Schund praktisch bekämpft werden kann, der in den Programmen der öffentlichen Kinotheater heute völlig überwuchert.

#### 9. Partei und Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat über die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung besonders berichtet. Wir verweisen auf diesen in der vorliegenden Broschüre enthaltenen Bericht.

Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften verständigen sich bei wichtigen, die gesamte Arbeiterbewegung betreffenden Fragen über gemeins am e Aktionen. Dieses Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften hat sich seit langen Jahren gut bewährt. Die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossenen anarchosyndikalistischen Gruppen aus der früheren Lokalistenbewegung haben im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe schonihrer geringen Anhängerzahl wegen keine Bedeutung.

# 10. Internationale Betätigung.

Die sozialdemokratische Partei hat von jeher großen Wert auf die Erhaltung herzlicher Beziehungen zu den Bruderparteien der anderen Länder gelegt. Sie hat auch in den letzten vier Jahren nach verschiedenen Ländern zur Unterstützung von Wahlkämpfen und zum Teil auch von gefährdeten Preßorganen Beihilfe gewährt. In den Zeiten der Marokkokrise, des deutsch-englischen Gegensatzes und der beiden Balkankriege haben auch in Deutschland große Massenmeetings stattgefunden, in denen Redner der ausländischen Bruderparteien neben deutschen Genossen gegen Imperialismus und Kapitalismus und für die sozialistische Politik des Friedens und der Völkerverständigung demon-Als die deutsche Regierung die militaristische Milliardenvorlage im Reichstag und die französische Regierung das Dreijahrsgesetz im französischen Parlament einbrachten, einigten sich die sozialistischen Parteivorstände und Parlamentsfraktionen Frankreichs und Deutschlands auf Herausgabe eines gemeinsamen Manifests, das am 1. März 1913 gleichzeitig in Paris und Berlin erschien und dessen Text dann in deutscher und französischer Sprache

in Millionen von Flugblättern in beiden Ländern verbreitet wurde. Dieses Manifest machte in beiden Ländern großen Eindruck, weil es ein unwiderlegbarer Beweis für die Einigkeit der klassenbewußten Arbeiter beider Länder war.

Auf dem außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß in Basel 1912 waren die Partei und Gewerkschaften durch 74 Delegierte vertreten.

An das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die Partei jährlich 2500 Francs.

# 11. Genossenschaftsbewegung.

Der Genossenschaftsbewegung wendet die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands in steigendem Maße ihr Interesse zu. Der Partei sind die Genossenschaften nicht angegliedert. Die deutsche Genossenschaftsgesetzgebung verhindert dies.

Nach dem Kopenhagener Internationalen Sozialistenkongreß hat die Partei auf dem Magdeburger Parteitag 1910 über das Genossenschaftswesen folgende Resolution angenommen:

"Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die Sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittelung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumenten-

genossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind; durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwickelung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründung von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für

die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen."

# Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland

### Die gewerkschaftlichen Zentralverbände

haben in der Berichtsperiode 1910/13 einen ganz bedeutenden Aufstieg zu verzeichnen. Am deutlichsten kommt dies in der sehr erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl zum Ausdruck. Hatten wir in unserem Bericht an den internationalen Kongreß in Kopenhagen feststellen müssen, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in den Krisenjahren 1908 und 1909 niedriger war als im Jahre brachte schon das erste Jahr der diesmaligen Berichtsperiode, 1910, eine Mitgliederzunahme von 10,07 Prozent. Die Mitgliederzahl stieg auf die bis dahin nicht erreichte Höhe von 2017298 im Jahresdurchschnitt und wuchs auf 2 548 763 im Jahre 1913. Der gesamte Zuwachs dem Jahre 1909, dem letzten Berichtsjahre dem Kopenhagener Kongreß, betrug 716096 Mitglieder, das sind 39.0 Prozent.

In diesen Zahlen sind die Mitglieder des Landarbeiterund des Hausangestelltenverbandes, die in dieser Berichtsperiode das erstemal statistisch in Erscheinung treten, mit 24 945 Mitgliedern noch nicht eingerechnet, so daß der gesamte Mitgliederbestand der Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1913: 2573 708 Mitglieder stark war.

Bei einer Darstellung der Entwickelung der Mitgliederzahlen der gewerkschaftlichen Zentralverbände seit Beginn der Gewerkschaftsstatistik, die wir hier folgen lassen, zeigt sich, daß das starke Wachstum der Mitgliederzahl in den 4 Berichtsjahren nicht gleich groß gewesen ist. Es betrugen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und -zunahmen:

Jahr	-	,				Mitgliederzahl		iber dem Voriahr
						_	absolut	in Proz
1891	•	•	•	•	•	<i>277 659</i>		
1892						<i>237</i> 049		
1893						<b>223 53</b> 0		
1894						246 494	22 964	10,27
1895						259 175	12 681	5,14
1896						<i>329 230</i>	70 055	<b>27.03</b>
1897						412 359	83 129	25 <b>,2</b> 5
1898						493 742	81 383	19,74
1899						580 473	86 731	17,57
<b>190</b> 0						680 427	99 954	17,22
1901						<b>677</b> 510	<del>-</del>	
1902						733 606	55 696	8,22
1903						887 698	154 492	21,07
1904						1 052 108	160 410	18,52
1905						1 344 803	292 695	27,82
1906						1 689 709	344 906	25,65
1907						1 865 506	175 <b>7</b> 97	10,40
1908						1 831 731		
1909						1 832 667	936	0.05
1910						2 01 <b>7 29</b> 8	184 631	10,07
1911						2 320 986	303 688	15,05
1912						<i>2</i> 530 390	209 404	9,02
1913						2 548 <b>76</b> 3	18 373	0,72
						•	•	- ,

In den wirtschaftlich günstigen Jahren 1911 und 1912 wurden allein mehr als eine halbe Million Mitglieder ge-Dagegen war die Zunahme im Jahre 1913 nur verhältnismäßig gering. Ja, bei einem Vergleich der Mitgliederzahlen am Schluß der Jahre 1912 und 1913 ist sogar ein wenn auch nur unwesentlicher Rückgang zu konstatieren, der jedoch nicht allein auf die ungünstigen Einwirkungen des verschlechterten Geschäftsganges zurückzuführen ist. Gegenüber dem Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1912 war der am Schluß des Jahres 1913 um 60 822 Mitglieder niedriger. Dieser Rückgang ist annähernd zur Hälfte aus den zahlreicheren Einberufungen junger Mitglieder zum aktiven Militär zu erklären, nachdem durch die letzten Militärgesetze das Kontingent bedeutend verstärkt wurde. Der Rückschlag in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften aus Anlaß des Konjunkturrückganges im Jahre 1913 bleibt bei Beachtung dieser vorerwähnten Tatsache so gering, daß er an der ganz bedeutenden Mitgliederzunahme in der Berichtsperiode nichts zu korrigieren vermag.

Neben dieser Entwickelung der Mitgliederzahlen vollzog sich gleichzeitig eine weitere Konzentration der Organisationen. Von den 57 Zentralverbänden im Jahre 1909 bestanden im Jahre 1913 nur noch 47. Die anderen 10 Verbände haben in der Zwischenzeit ihre Selbständigkeit auf-

gegeben und sind in größere Zentralverbände übergetreten. Zu den verbleibenden 47 Organisationen sind dann noch die neuentstandenen Organisationen der Hausangestellten und der Landarbeiter zu zählen, so daß am Schluß der Berichtsperiode insgesamt 49 Verbände vorhanden waren.

# Die Organisation der Arbeiterinnen.

In ungeahnter Weise hat die Frauenerwerbsarbeit in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zugenommen. 1882 waren von 23 071 364 ortsanwesenden weiblichen Personen 4259 103 Frauen hauptberuflich erwerbstätig; 1907 dagegen 8 243 498 Frauen von 31 259 429 ortsanwesenden weiblichen Personen. Der Prozentanteil erwerbstätiger Frauen betrug im Vergleich zur weiblichen Bevölkerungsziffer im Jahre 1882: 18,5, 1907 aber 26,4. In einer Zeit, in der die Gesamtbevölkerungsziffer von 45 222 113 auf 61 720 529 Personen, absolut also um 16 498 416 und relativ um 36,48 Prozent gestiegen ist, die Zahl der ortsanwesenden weiblichen Personen sich absolut um 8 188 065 und relativ um 35,46 Proz. vermehrte, nahm die Zahl der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen um 3 984 395 oder um 90,36 Proz. zu. Auf je 100 erwerbstätige Männer kamen 1882 erst 31,85 Frauen, 1907 bereits 44,36, so daß heute nahezu die Hälfte der arbeitenden Personen aus Frauen besteht.

Die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit für die Gestaltung der Verhältnisse im Beruf kam den Gewerkschaften erst nach der Bekanntgabe der Resultate der 1895 vorgenommenen Berufszählung voll zum Bewußtsein, die eine Zunahme der Ziffer der weiblichen Erwerbstätigen in 13 Jahren um 23,60 Proz., von 4 259 103 auf 5 264 393 feststellte. Was damals vorausgesagt wurde, ist durch die letzte Berufszählung bestätigt worden. Die Frauenerwerbsarbeit ist keine vorübergehende Erscheinung, sie bildet heute einen nennenswerten Faktor im Wirtschaftsleben. Die Haltung der Frauen kann für den Ausgang der wirtschaftlichen Kämpfe in manchen Berufen von wesentlicher Bedeutung sein. Aus diesem Grunde sind seit 1895 energische Versuche gemacht worden, auch die Arbeiterinnen für ihre Berufsorganisationen zu gewinnen.

Seit dieser Zeit ist die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen sowohl positiv als auch relativ im Vergleich zur Gesamtmitgliederzahl in einem fast ununterbrochenen Wachstum begriffen. Dies

geht aus der nachfolgenden Zusammenstellung der jährlichen durchschnittlichen Mitgliederzahlen deutlich hervor:

Jahr				gesamte Mitglieder		in Proz.
1892				. 237 094	4 355	1,8
1896				. 329 230	15 265	4,6
1900				. 680 427	7 22 844	3,3
1905				. 1 344 803	3 74 411	5,7
1906				. 1 689 709	118 908	7,1
1907				1 865 506	136 929	7,3
1908				. 1831731	138 443	7,6
1909				. 1832 667	133 888	7,3
1910			,	. 2017 298	3 161 512	8,0
1911				. 2 320 986	191 332	8,2
1912				· * 2 553 162	222 809	8,7
1913		•		· * 2 573 708	3 230 347	8,9

<sup>\*</sup> Einschließlich der Organisationen der Hausangestellten und Landarbeiter.

Die 230 347 weiblichen Mitglieder im Jahre 1913 verteilen sich auf 31 Zentralverbände, während bei 18 Verbänden keine weiblichen Arbeiter in Frage kamen.

#### Die Finanzen der Zentralverbände.

Im gleichen Schritt mit den Mitgliederbeständen entwickelten sich auch die Finanzen der Organisationen. Vom Jahre 1909 bis zum Jahre 1913 stiegen die Einnahmen von 50,5 auf 82,0 Millionen Mark, die Ausgaben von 46,2 auf 74,9 Millionen Mark.

Die Finanzgestaltung der Zentralverbände.

Jahr	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Vermögens- bestand der Zentral- verbände Mk.	Ein- Mk.	d. Mitgl. l Mk.	www.yw.
1891	1 116 588	1 606 534	425 845	6,68	9,62	2,56
1895	3 036 803	2 488 015	1 640 437	11,53	9,86	6,96
1900	9 454 075	8 088 021	7 745 902	13,89	11,89	11,38
1905	27 812 257	25 024 234	19 635 850	20,68	18,61	14,60
1906	41 602 939	36 963 413	25 312 634	24,62	21,88	14,98
1907	51 396 784	43 122 519	33 242 545	27,55	23,12	17,82
1908	48 544 396	42 057 516	40 839 791	26,50	22,96	22,30
1909	50 529 114	46 264 031	43 480 932	27,57	25,24	23,73
1910	64 372 190	57 926 566	52 575 505	31,91	28,71	26,06
1911	72 086 957	60 025 080	62 105 821	31,06	25,86	26,76
1912	80 233 575	61 105 675	80 797 786	31,71	24,15	31,93

Dabei stiegen die Vermögensbestände von 43,4 auf 88,0 Millionen Mark. Die Bestände haben sich also mehr

als verdoppelt und zu einer Finanzkraft entwickelt, die bei der Befolgung einer energischen Kampftaktik von hoher Bedeutung ist. Aber auch die Bedeutung dieser Finanzkraft in der Volkswirtschaft und auf dem Geldmarkte hat sich bereits bemerkbar gemacht, als die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zugunsten gemaßregelter Bankangestellter intervenierte. Die Vertreter des größten deutschen Bankinstituts sahen sich veranlaßt, mit den Gewerkschaftsvertretern zu konferieren, während zahlreiche andere Großbanken sich um die Gewerkschaftsgelder bewarben und zu mancherlei Konzessionen bereit waren.

Aus der beigegebenen Aufstellung über "Die Finanzgestaltung der Zentralverbände" ist die allmähliche und im Laufe der Jahre ständig steigende Entwickelung der Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände leicht ersichtlich. Die Steigerung ist nicht nur positiv, entsprechend der höheren Mitgliederzahl vor sich gegangen, sondern auch pro Kopf der Mitglieder. In der Pro-Kopf-Berechnung der Tabelle weist das Jahr 1913 die höchsten bisherigen Zahlen auf.

Der Steigerung der Einnahmen entspricht die allmähliche Veränderung der Beitragshöhe, wie sie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Zahl der Verbände in Prozent, die einen Wochenbeitrag für männliche Mitglieder hatten von

im Jahre	unter 15 Pf.	15—20 Pf.	21—30 Pf.	31—40 Pf.	41—56 Pf.	über 50 Pf.
1891 1895 1900 1905	38,9 20,9 10,3	47,2 58,1 41,4 3,2	5,6 9,3 31,0 30,2	2,8 4,7 10,3 27,0	5,6 4,7 5,2 25,4	- 2,3 1,7 14,2
1910 1913	_	, <del>-</del>	5,7 4,3	17,0 8,5	35,8 34,0	41,5 53,2

Daraus ist deutlich erkennbar, wie die niedrigen Organisationsbeiträge immer mehr im Schwinden begriffen sind. Die Mehrzahl der Verbände erhebt heute einen Wochenbeitrag, der höher ist als 50 Pf. Die Beiträge für weibliche Mitglieder sind in den meisten Verbänden niedriger als die für männliche.

Ueber die Ausgaben der Gewerkschaften für Unterstützungszwecke und Verbandszeitungen gibt eine Tabelle Auskunft, die wir auf der folgenden Seite einfügen.

# Es verausgabten die Zentralverbände für:

lm Jahre	Rechts- schutz Mk.	Gemaß- regelten- unter- stützung Mk.	Reise- unter- stützung Mk.	Arbeits- losenunter- stützung Mk.	Arbeits- unfähigen- (Kranken-) unter- stützung 'Mk.	Invaliden- unter- stützung Mk.	Umzugs- kosten und Beihilfe in Not- und Sterbefällen Mk.	Zu- sammen Mk.	Verbands- organ Mk.	Zusammen Unter- stützungen und Ver- bandsorgan Mk.	Streik- unter- stützung u. Kosten d. Lohnbe- wegungen Mk.
1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1906 1907 1908 1909 1910 1911	10 843 9 705 12 542 12 902 15 871 18 349 30 147 43 378 54 752 68 486 89 705 93 485 150 721 206 782 311 239 342 339 342 339 346 773 326 765 288 137 330 322 421 485 392 697 407 046	14 737 236 964 28 331 14 630 40 307 37 346 30 973 39 978 55 435 97 092 198 173 250 661 250 310 536 209 486 765 795 209 1 010 045 1 440 263 1 074 684 809 738 895 519 1 070 752 937 461	144 338 382 607 328 748 350 455 302 603 310 000 289 036 283 267 313 391 461 028 607 127 709 778 613 870 646 821 712 820 758 222 869 148 1 184 353 1 125 829 1 015 984 1 028 431 1 179 102 1 506 247	64 290 357 087 220 926 239 750 196 912 243 201 260 316 275 404 304 677 501 078 1 238 197 1 593 022 1 270 053 1 599 424 1 991 924 2 653 296 4 375 012 8 134 388 8 593 928 6 075 522 6 340 544 7 741 240 11 532 930	304 648 425 489 454 114 430 038 454 494 491 634 652 825 656 026 772 587 793 878 944 059 1 416 935 1 920 639 3 281 741 5 635 387 8 473 853 8 896 354 9 028 693 10 266 730 11 436 326 13 511 831	21 972 	25 284 41 762 41 744 42 080 53 837 64 906 78 419 131 484 205 459 194 668 250 129 301 961 621 709 800 385 1 181 282 ( 1 385 808 1 465 627 1 667 284 1 749 031 1 882 869 2 099 559 2 732 446	234 208 1 033 619 936 957 1 084 970 1 051 887 1 150 718 1 197 960 1 291 667 1 604 088 2 102 699 3 231 398 3 845 351 3 720 416 5 241 506 6 497 702 9 363 270 14 006 735 21 445 030 22 189 130 19 514 061 21 374 014 24 447 756 31 188 277	154 015 285 475 292 157 265 957 274 398 362 708 439 259 518 949 603 559 713 338 782 737 798 480 884 662 (1 097 257 1 415 397 1 594 009 1 878 392 2 071 297 2 001 487 2 203 360 2 446 468 2 604 411 2 802 382	388 223 1 319 094 1 229 114 1 350 927 1 326 285 1 513 426 1 637 219 1 810 616 2 207 647 2 816 037 4 014 135 4 643 831 4 605 078 6 338 763 7 913 099 10 957 279 15 885 127 23 516 327 24 190 617 21 717 421 23 820 482 27 052 167 33 990 659	1 037 789 44 943 65 356 188 980 253 589 944 372 881 758 1 073 290 2 121 918 2 625 642 1 878 792 1 930 329 4 529 672 5 869 519 9 674 094 13 748 412 13 196 363 4 819 399 6 904 431 19 603 605 17 303 328 12 746 656 16 604 756

Die Ausgaben für gewerkschaftliche Kämpfe stiegen im Jahre 1910, dem Jahre der allgemeinen Bauarbeiteraussperrung auf 19,6 Millionen Mark.

Eine besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeits-losen Mitglieder am Orte und auf der Reise. In dem wirtschaftlich ungünstigen Jahre 1913 schnellte die hierfür aufgewendete Summe auf 13.0 Millionen Mark empor. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für diesen Unterstützungszweck 80,9 Millionen Mark aufgewendet, während die Arbeitslosenfürsorge aus öffentlichen Mitteln durch Reich, Staat oder Gemeinde versagte. Nur in einigen Kommunalverwaltungen wird seit den letzten Jahren die bisherige Selbsthilfe der Gewerkschaften gefördert durch besondere Zuschüsse. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben aber mit ihren Aufwendungen Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Nachdem nunmehr auch die größte Organisation des Baugewerbes dazu übergegangen ist, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Ort zu unterstützen, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entkräftet sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man müßte es sogar von einem ieden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standard of Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich seither nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich. Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten.

## Die Gewerkschaftspresse

hat einen wesentlichen Anteil an der hohen Entwickelung der Gewerkschaften. Durch sie wird eine wirksame Propaganda für die Ideen und Ziele der Gewerkschaft getrieben; sie trägt zur volkswirtschaftlichen Erziehung der Arbeiter bei und befähigt sie, ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen mit Geschick zu vertreten. Sie hat aber auch die technische Bildung gefördert in der Erkenntnis, daß der berufstüchtige Arbeiter zugleich der beste Gewerkschaftler ist.

Im besonderen hat natürlich die Gewerkschaftspresse die Aufgabe, die Interessen gegenüber den Unternehmern und der Oeffentlichkeit zu wahren, sowie das geistige Bindeglied zu bilden für die über das ganze Reich sich erstreckenden Mitgliedschaften der Zentralverbände. Diese Aufgaben hätten nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden können, wenn nicht die Verbände die Gewerkschaftszeitung an die Mitglieder gratis liefern würden. Nur eine Organisation (Buchdrucker) macht davon eine Ausnahme, doch ist auch hier ein gewisses Obligatorium insofern eingeführt, als die Ortsverwaltungen verpflichtet sind, auf je drei Mitglieder ein Exemplar der Zeitung zu beziehen.

Von den gegenwärtig bestehenden 48 Zentralverbänden werden insgesamt 65 Fachorgane herausgegeben. Davon haben 35 Verbände je 1 Organ, 10 Verbände je 2 Organe, 2 Verbände je 3 Organe und 1 Verband (Transportarbeiter) sogar 4 Organe.

Unter diesen 65 Fachorganen befinden sich 9 technische Sonderorgane. Die übrigen 56 Gewerkschaftsblätter hatten im Jahre 1913 eine Gesamtauflage pro einmaliges Erscheinen von 2779 510 Exemplaren. Und zwar erschienen:

1	Organ	wöchentlich	3	mal
1	"	monatlich	3	"
33	Organe	wöchentlich	1	"
13	77	zweiwöchentlich	1	<b>"</b>
4	"	monatlich	2	"
4	**		1	_

Auflagen von mehr als 100 000 Exemplaren pro einmalige Ausgabe hatten:

"Metallarbeiter-Zeitung",	Stuttgart	575 000	Exemplare
"Cirundstein", Hamburg.		336 500	
"Proletarier", Hannover		212 000	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •

Drei der gewerkschaftlichen Fachorgane werden in eigenen Verbandsdruckereien der Gewerkschaften hergestellt. Es sind dies die Organe der Bergarbeiter in Bochum, der Holzarbeiter in Berlin und der Metallarbeiter in Stuttgart und Berlin. Der letztgenannte Verband unterhält zwei eigene Druckereien und druckt den für Nord- und Ostdeutschland bestimmten Teil der Riesenauflage seines Organs in Berlin aus.

Außer den erwähnten Verbandszeitungen gibt die Generalkommission ein Zentralorgan heraus, das "Correspondenzblatt", das unentgeltlich allen Gewerkschaftsfunktionären zugestellt wird; ferner noch je ein Blatt in polnischer und italienischer Sprache, das von den Verbänden für die Mitglieder dieser Sprachen bezogen wird. Auch ein Organ des Bergarbeiterverbandes erscheint in polnischer Sprache.

Ueberdies werden in Deutschland für die Pflege internationaler Berufsverbindungen 8 internationale Organe in mehreren Sprachen (Buchbinder, Buchdrucker, Holzarbeiter, Hutmacher, Lithographen, Metallarbeiter, Schuhund Lederarbeiter und Transportarbeiter) und seitens des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein 14täglich erscheinendes Informations-Bulletin in drei Sprachen herausgegeben.

# Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

die wachsende Macht der Gewerkschaften legen auch die Lohnbewegungsstatistiken der Generalkommission Zeugnis ab. Nicht nur, daß die der Bewegungen insgesamt in der Berichtsperiode eine größere gewesen ist als in früheren Jahren. Auch der Prozentsatz derjenigen Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung beendet werden konnten, ist gegenüber früheren Jahren wesentlich gestiegen. Im Jahre 1905 verliefen 56,1 Prozent der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, und im Jahre 1912 waren es 71,6 Prozent. Für das Jahr 1913 liegen die statistischen Resultate noch nicht vor.

Ebenso ist die Zahl der Bewegungen insgesamt und die Zahl der an diesen Bewegungen beteiligten Personen in der Berichtsperiode wesentlich gestiegen, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist:

	we- samt	Es fanden statt Bewegungen				den ins- igten		Es waren beteiligt Personen an der Bewegung				
Jahr	<u> </u>	Bewegungen  Ohne Arbeits- einstellung  Ohne Arbeits- einstellung  Ohne Arbeits- einstellung  Ohne Aussperr.)		So So	ohne Arbeit einstell	s-	mit Arbeits- einstellung (Streiks und Aussperr.)					
	za Za	Zahi	<sup>0</sup> / <sub>0</sub>	Zahl	0/0	Za Be Be ges	Zahl	<sup>0</sup> / <sub>0</sub>	Zahl	F.0/0		
1905 1906 1907 1908 1909 1910 1911 1912	5 291 8 150 7 859 5 659 6 552 9 690 9 670 9 961	5 067 3 607 4 507 6 496	57,3 64,5 63,7 68,8 67,0 69,9	3 480 2 792 2 052 2 045 3 194 2 914	42,7 35,5 36,3 31,2 33,0 30,1	890 470 917 748 806 265 576 317 480 205 1 025 542 1 011 669 1 254 358	601 706 525 235 449 434 348 961 656 531 686 416	65,6 65,1 78,0 72,7 64,0 67,9	316 042 281 030 126 883 131 244 369 011 325 253	2 34,4 34,9 3 22,0 4 27,3 36,0 3 32,1		

Ueber die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurde erst seit dem Jahre 1905 Statistik geführt und geben wir in der folgenden Tabelle eine Uebersicht über die Zahl und den Umfang, sowie über die Erfolge dieser Bewegungen.

		n ligt			Es er	ndeten						
	der unger	waren beteil	erfo	lgreich		teil	weise	erfolgreic	h			
Jahr	Zahl der Bewegungen	daran waren Personen beteiligt	Be-	mit		~ Be	-	mit				
	Z 3ev	ları	wegungen	Beteilig	ten	wegu	ngen	Beteilig	ten			
		o Per	Zahl %	Zahl	<sup>0</sup> / <sub>0</sub>	Zahl	º/o	Zahl	0/0			
Angriffbewegungen												
1905	2 763	367 090	2 193 79,4	268 278	<b>74,</b> 0	- 467	17,0	76 320	21,0			
1906	4 470		3 468 77,5	459 306	77,4	911	20,4	112 846	19,0			
1907	4 801	507 728	3 733 77,8	410 839	80,9	843	17,5	73 641	14,5			
1908	3 059		1 655 54,2	122 981	30,6	939	30,7	168 495	42,0			
1909	3 227		2 243 69,5	169 903			17,2	73 165				
1910	5 580		3 908 70,0	392 374		1 443		186 480				
1911	5 868		4 514 76,9	445 841			20,1	170 146	25,7			
1912	6 304	736 407	4 642 73,8	511 232	69,4	1 512	24,0	205 581	27,9			
		A	bwehrl	beweg	un	gen						
1905	205	15 420	191 93,2	14 242	92,0	8	3,9	865	5,5			
1906	177	7 982	158 89,2	7 587		10		199				
1907	266	17 507	226 84,9	15 929	91,0	18	6,8	1 197				
1908	548	48 100		36 491	75,8	52		3 205	6,7			
1909	1 280	60 634	989 77,3	40 357	66,6	171		<b>17 86</b> 0				
1910	916	28 099	767 83,7	24 853			6,9	2 055				
1911	888	23 991	706 79,5	21 121	88,0	93		2 087				
1912	832	38 362	676 81,2		95,1	73		982				
	Waite	Weiter gehen wir noch eine Gesamtübersicht über die										

Weiter geben wir noch eine Gesamtübersicht über die Zahl und den Umfang der Arbeitseinstellungen und Aussperrungen, ihren Ausgang und die Kosten dieser Kämpfe seit dem Jahre 1890. Für die Jahre 1890—1900 sind die Ergebnisse zusammengezogen. Die statistische Bericht-

erstattung an die Generalkommission war in dieser Zeit noch nicht völlig zuverlässig. Erst seit dieser Zeit sind in allen Zentralverbänden Erhebungen nach einem einheitlichen Schema erfolgt.

	ıpfe	ten	A	usgar	ng der	Kämpfe
`.	Kämpfe	teilig	In	Prozen	ten	
Jahr	Anzahlaer	der beteiligten Personen	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos	Gesamt- ausgabe
	Anza	Zahl	erfol	teil erfo	erfe	Mk.
1890—99	3 772	425 142	48,2	23,6	25,2	11 402 758
1900	852	115 711	44,1	25,3	25,5	2 936 030
1901	727	48 522	36,8	23,6	32,6	2 515 888
1902	861	55 713	43,6	19,5	36,9	2 237 504
1903	1 282	121 593	49,4	19,0	28,5	5 080 984
1904	1 625	135 597	55,7	20,1	22,1	5 551 314
1905	2 323	507 964	53,6	23,5	21,0	10 933 721
1906	3 480	316 042	53,8	22,4	20,9	13 297 862
1907	2 792	281 030	47,9	24,6	22,0	12 364 082
1908	2 052	126 883	43,4	19,4	33,1	4 477 039
1909	2 045	131 244	56,8	16,4	24,3	5 943 453
1910	3 194	369 011	52,7	30,5	14,6	18 457 769
1911	2 914	325 253	65,3	15,3	19,0	16 062 906
1912	2 825	479 589	61,7	16,4	19,3	11 486 365
Sa.	30 774	3 439 654	52,6	21,6	22,7	122 738 675

Die Aufstellung ergibt, daß in den Jahren 1909, 1911 und 1912 die Prozentzahl der erfolgreich abgeschlossenen Kämpfe weit höher war, als in den voraufgegangenen Jahren. Dies Charakteristikum ist den Angriffs- und Abwehrstreiks ebenso wie den Aussperrungen gemeinsam.

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle auf andere interessante Einzelheiten unserer Lohnbewegungsstatistiken noch eingehen. Das ist im Rahmen eines knappen zusammenfassenden Berichtes nicht möglich. Nur um einen ungefähren Ueberblick über die erzielten gewerkschaftlichen Erfolge zu geben, bringen wir in der folgenden Tabelle noch eine Zusammenstellung der in den Jahren 1909—1912 erreichten Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, soweit Arbeitszeit und Lohnhöhe in Frage kommen.

Aus der prozentualen Berechnung ist ersichtlich, daß der größte Teil der Erfolge ohne Kämpfe erzielt wurde. Auch hieraus ergeben sich Schlußfolgerungen über den Grad des Einflusses der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, denn die Erfolge wurden fast

	Arbeits	szeitverkürz	ung wurde	erreicht	Arbeitszeitverkürz. in Proz.						
Jahr		ine instellung	-	nit einstellung	ohne A einste	rbeits- llung		mit Arbeits- einstellung			
	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Per- sonen	Stund. p. W.	für Pers.	St. p. W.			
1909	49 692	168 587	17 102	47 226	74,4	78,1	15,6	21,9			
1910 1911 1912	202 035 207 583 319 547	481 873 534 984 677 251	142 535 85 733 58 638	274 691 225 610 152 910	58.6 70,8 84,5	63,7 70,3 81,6	41,4 29,2 15,5	36,3 29,7 18,4			
Lohnerhöhung wurde erreicht Lohnerhöhung i											
1909 1910	178 071 438 649	288 <b>766</b> 800 <b>495</b>	65 329 388 978	140 978 1 015 042	73,2 53,0	67,2 44,1	26,8 47,0	32,8 55,9			
-1911 1912	469 009 345 074	799 063 644 501	123 057 184 947	239 531 302 460	79,2 65,1	75,5 68,1	20,8 34,9	24,5 31,9			
_	Arbeitsz	eitverlänger	ung wurde	abgewehrt		ln Proz	enten				
1909 1910 1911	3 193 2 061 2 485	12 245 6 474 8 142	933 775 1 865	3 613 2 970 10 985	72,7 57,1	77,2 68,6 42,6	42,9	22,8 31,4 57,4			
1912		4436		6 606   zewehrt	•	40,2   In Proz	'	59,8			
1909 1910 1911 1912	17 380 9 821 6 545 12 909	32 279 17 312 11 113 23 601	14 099 8 121 9 103 6 931	33 934 12 467 15 231 15 193	55,2 54,7 41,8 65,1	48,8 58,1 42,2 60,8	44,8 45,3 58,2 34,9	51,2 41,9 57,8 39,2			

ausnahmslos auf dem Wege der Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Unternehmervertretern oder Betriebsinhabern erreicht.

Erwähnt sei noch, daß sich auch die Zahl der mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge ganz bedeutend erhöht hat. Abgeschlossen wurden:

in den Jahren	Tarifverträge	für beteiligte Personen		
1905—1908	8.072	1 130 284		
, 1909—1912	14 614	1 422 680		

Von diesen abgeschlossenen Verträgen ist ein Teil in der Zwischenzeit verfallen, andere schon früher bestehende Verträge kamen in diesen Zeiträumen nicht zum Neuabschluß. Die Zahl der am Jahresschluß 1912 in Deutschland bestehenden Tarifverträge ist durch die amtliche Statistik des "Reichsarbeitsblatt" festgestellt. Es bestanden 10 739 Tarifverträge in 159 930 Betrieben für 1 574 285 dort beschäftigte Personen.

Soweit auch die Meinungen über die Wertschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: daß in dem gegenwärtigen Bestreben, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für

eine völlige Umbildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwickelung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechts dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden.

#### Die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

Für die Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaftskartelle ein sehr wichtiger Faktor. Man versteht unter dem Namen "Gewerkschaftskartelle" örtliche Vereinigungen der Filialen der Zentralverbände zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen am Orte. Es gab eine Zeit, in der diese örtliche Organisation sogar das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland bildete. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwickelung, als die Zentralverbände noch langsam den erstarkenden örtlichen Fachorganisationen entwuchsen, als ihr zentraler Apparat noch zu schwach war, um das gewerkschaftliche Leben bis in die lokalen Verzweigungen hinein vollständig zu regulieren, als der vermittelnde Einfluß einer Gau- oder Bezirksorganisation fast allenthalben noch fehlte und der Zusammenprall von Arbeitern und Unternehmern zur primitivsten Solidaritätsaktion zwang. Damals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Erstarkung und Vervollkommnung der Zentralverbände löste diese Wirksamkeit der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation, der Erziehungs- und Bildungsarbeit, auf die Rechtsbelehrung und Rechtshilfe, auf die Förderung des Arbeiterschutzes, auf die Herbeiführung einer guten Interessenvertretung der Arbeiter bei Wahlen zu sozialpolitischen Körperschaften und im Bedarfsfalle auf die Mitwirkung bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt neben der Agitation die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtskursen, sowie die Einsetzung von Bildungsausschüssen und Jugendkommissionen in Betracht. Vergleichen wir auch hier, was die Kartelle auf diesem Gebiete früher leisteten und was sie heute leisten, so zeigt sich hier ein ganz eminenter Fortschritt.

Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre

		1905	1910	1912
Gemeinsame Bibliotheken	•	<i>2</i> 52	496 -	581
Lesezimmer	•	39	71	98
Bildungsausschüsse			292	429
Jugendkommissionen			293	415

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Neuland, die Bildungsorganisation und Jugendpflege systematisch in Angriff genommen und sind über 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geschaffen. Ein weitverzweigtes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären, ist heute vorhanden.

Auf dem Gebiete der Rechtsbelehrung und Rechtshilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle mustergültig geworden. Es bestanden:

			1905	1910	1912
Arbeitersekretariate.				96	106
Zahl der Angestellten	•	•	84	154	188
Auskunftsbureaus			111	203	212

Der größere Teil der Auskunftsstellen erteilt unentgeltliche Auskunft an alle Auskunftsuchenden. 178 Auskunftsstellen übten im Jahre 1912 diese Praxis. 33 Auskunftsstellen erteilen unentgeltliche Auskunft nur an Gewerkschaftsmitglieder.

Die der organisierten Arbeiterschaft in den Jahren 1911 und 1912 erteilten Auskünfte und geleisteten Rechtshilfen werden in nachstehender Aufstellung veranschaulicht:

•				Gesamtzahl der erteilte Auskünfte und Fälle der Rechtshilfe			
					1911	1912	
Arbeitersekretariate.					658 958	706 788	
Auskunftsstellen	<u>.</u>	•			47 367	51 772	
Zusan	nme	en	•		706 325	758 560	

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen keineswegs eine erschöpfende Darstellung der gesamten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtshilfe gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsverwaltungen und auch eine Anzahl von Zentralvorständen gaben Auskünfte und gewährten Rechtshilfe, deren Umfang sich kaum abschätzen läßt.

Insgesamt bestanden 717 Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912 gegenüber 654 im Jahre 1909. Ueber die Einnahmen und Ausgaben berichten für das Jahr 1912 705 Kartelle. Die gesamten Einnahmen betrugen 1 976 262 Mk., die gesamten Ausgaben 1 787 088 Mk. und die gesamten Kassenbestände 1 034 025 Mk. Bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften anläßlich großer Streiks und Aussperrungen wirkten 243 Kartelle mit.

Von den Ausgaben der Kartelle entfielen in den Berichtsjahren 1911 und 1912 auf:

	1912	1911
•	Mk.	Mk.
Agitation	99 746	105 928
Arbeitervertreterwahlen	43 053	28 342
Statistische Erhebungen	<b>6 49</b> 0	6 264
Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle.		152 339
Herbergen, Arbeitsnachweise	<b>58 56</b> 0	38 770
Sekretariate, Auskunftsstellen	373 036	289 203
Bibliotheken, Lesezimmer	111 567	93 160
Streiks und Aussperrungen am Ort	<b>24 438</b>	27 039
Streiks und Aussperrungen auswärts	126 932	271 928
Verwaltungskosten		208 438
Sonstige Ausgaben	553 244	379 024

Eine Verminderung ist nur bei den Ausgaben für Agitation sowie für Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen. während bei einigen Ausgabenposten ganz erhebliche Steigerungen eingetreten sind, vor allem bei den "Sonstigen Ausgaben", die besonders auch die Aufwendungen für die Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen enthalten, sowie bei den Ausgaben für Arbeitersekretäre und Aus-Diese beiden Posten nebst denen der Gekunftsstellen. werkschaftshäuser. Versammlungssäle sowie Verwaltungskosten umfassen nahezu drei Viertel der gesamten Kartellausgaben. Daraus ergibt sich die Entwickelungstendenz. der die Gewerkschaftskartelle folgen. Sie entwickeln sich immer mehr zu Organisationen, denen die Regelung der Lokalfrage, Rechtshilfe, Bildungsarbeit und Jugendfürsorge obliegt.

## Sonstige gewerkschaftliche Organisationen.

Als solche kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunckerschen Gewerk-vereine, seit 1869 zentralisiert, und die christ-lichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt. Eine dritte, aber völlig bedeutungslose Gruppe bilden die seit 1897 zusammengeschlossenen syndikalistischen Organisationen, die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften". Eine weitere, aber nicht

zentralisierte Gruppe wurde seither in unserer Statistik als "Unabhängige Gewerkschaften" gezählt. Darin waren Berufsvereine aller Art, von gewerkschaftlicher Richtung bis zur gelben Färbung, enthalten, die keinerlei Zusammenhang hatten und deren einzigen Daseinsgrund meist die Antipathie gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände bildete.

Ueber die Mitgliederzahlen, Jahreseinnahmen und -ausgaben, sowie die Vermögensbestände der gesamten Organisationen gewerkschaftlichen Charakters gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	Mitglie	derzahl	1912		
	1911	911 1912	Jahres- ein- nahme	Jahres- aus- gabe	Ver- mögens- bestand
			Mk.	Mk.	Mk.
Zentralverbände	<sup>1</sup> 2320986 107743 340957 272517		6608350	<sup>2</sup> 2345310	8 1828851
Summa	3042203		89628266	68673712	912022

Ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 5749 und 17023 Mitglieder zählten. <sup>2</sup> Einnahmen und Ausgaben aller Kassen, auch der selbständigen Kranken- und Begräbniskassen, für die besondere Angaben über Einnahmen und Ausgaben nicht mehr gemacht werden. <sup>3</sup> Davon in den Gewerkvereins-Hauptkassen 1512670 Mk., in den Lokalkassen 316181 Mk.

Für die unabhängigen lokalen Vereine liegen Angaben über Einnahmen und Ausgaben nicht vor. Bezüglich der Mitgliederzahlen wird man auf Zuverlässigkeit nicht rechnen können.

In obiger Gesamtzahl fehlen noch die kaufmännischen Vereine und die Verbände der Privatangestellten, die mehr als Berufsvereine, denn als Gewerkschaften anzusehen sind.

Bei einem Vergleich der Mitgliederzahlen der Jahre 1909 und 1912 zeigt sich, daß in diesem Zeitraum die Zentralverbände 697 723 Mitglieder = 38,0 Proz., die christlichen Gewerkschaften 73 936 Mitglieder = 27,3 Proz., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1197 Mitglieder = 1,1 Proz. gewonnen haben. Daraus ergibt sich, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine stagnieren und auch die christlichen Gewerkschaften im prozentualen Verhältnis des Mitgliedergewinns weit hinter den Zentralverbänden zurückgeblieben sind und ihre verhältnismäßige Bedeutungslosigkeit noch größer geworden ist.

Auch in den finanziellen Leistungen findet der Arbeiter in den Zentralverbänden einen weit stärkeren Rückhalt als

bei einem Gewerkverein oder einer christlichen Gewerkschaft.

Es verausgabten nämlich im Jahre 1912 für Reise- und Arbeitslosenunterstützung die

	Mitglieder	insgesamt Mk.	pro Kopf Mk.
Zentralverbände	2 530 390	8 920 342	3,48
Gewerkvereine	93 877	245 189	2,61
Christlichen Gewerkschaften	235 121	201 223	0,86

Und für örtliche Arbeitslosenunterstützung allein wurden aufgewendet in den

	Mitglieder	insgesamt Mk.	pro Kopf Mk.
Zentralverbänden	2 062 258	7 741 240	3,75
Gewerkvereinen	93 877	- 226 <b>777</b>	-2,42
Christlichen Gewerkschaften	235 121	<sup>1</sup> 201 223	$^{1}$ 0,86

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Einschl. Reiseunterstützung.

Vergleichen wir die Gesamtleistungen der drei Gewerkschaftsgruppen für Unterstützungszwecke, so müssen wir bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen die Ausgaben für Kranken- und Sterbeunterstützung ausscheiden, da deren Herkunft aus den Gewerkvereinskassen nicht nachgewiesen werden kann. Diese Ausgaben dürften wahrscheinlich fast ganz von den Sonder-Kranken- und Begräbniskassen getragen werden. Danach verausgabten im Jahre 1912 für die genannten Unterstützungen (einschließlich Rechtsschutz):

	Mitglieder	insgesamt Mk.	p <b>ro Ko</b> pf <b>Mk</b> .
Zentralverbände	2 530 390	23 377 004	9,24
Gewerkvereine	109 225	<sup>1</sup> 316 856	2,90
Christliche Gewerkschaften.	344 687	1 341 913	3,89

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ohne Kranken- und Sterbeunterstützung, weil der auf die Sonderkassen entfallende Anteil nicht festzustellen ist.

Während also die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine für diese Unterstützungszwecke nachweisbar nur 2,90 Mk. (1911: 2,84 Mk.) pro Mitglied aufbrachten und die christlichen Gewerkschaften es auf 3,89 Mk. (1911: 3,65 Mark) brachten, konnten die Zentralverbände pro Kopf ihrer Mitglieder für diese Unterstützungszweige 9,24 Mk. (1911: 8,82 Mk.) aufwenden. Zeigt sich schon in diesen Ziffern die große Ueberlegenheit und Werbekraft der letzteren, die aus der höheren Entwickelung der Unterstützungseinrichtungen resultiert, so wird dieses Uebergewicht sinnenfällig, sobald wir die wichtigsten gewerkschaftlichen Unterstützungszweige, die der Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienenden Unter-

stützungen für Streikende, Ausgesperrte und Gemaßregelte ins Auge fassen.

Für Streikende und Gemaßregelte verausgabten im Jahre 1912 die

		Mitglieder	insgesamt Mk.	pro Kopf Mk.
		2 530 390	13 817 408	5,46
Gewerkvereine		109 225	348 939	3,19
Christlichen Gewerkschafte	n	<b>344 687</b> .	654 323	1,90

Während die christlichen Gewerkschaften in ihren Kampfesausgaben bereits unter das Niveau der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine herabgesunken sind, verausgabten die Zentralverbände fast den dreifachen Betrag pro Kopf ihrer Mitglieder. Ihre Kampfesunterstützung beträgt 5,46 Mark (1911: 7,84 Mk.), auf jedes Mitglied berechnet, während die christlichen Gewerkschaften nur 1,90 Mark (1911: 3,52 Mk.) und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nur 3,19 Mk. (1911: 3,09 Mk.) für diese Zwecke verausgabten. Natürlich stehen diese Aufwendungen im engsten Zusammenhange mit der ganzen Kampfesstrategie der betreffenden Organisationen. werkschaften, die ein gewichtiges Wort bei der Regelung und Arbeitsverhältnisse Lohnmitreden wollen. müssen auch in der Lage sein, größere Kämpfe auszuhalten und ihre Mitglieder nachhaltig zu unterstützen. Das können aber einzig und allein die Zentralverbände, während die beiden anderen Gruppen in der Regel nur kleine Kämpfe selbständig führen können und bei größeren Kämpfen höchstens als Mitläufer in Frage kommen, froh, daß man sie als Mitkontrahent bei den Vertragsabschlüssen berücksofern sie es nicht vorziehen, den Kämpfen überhaupt auszuweichen, selbst auf die Gefahr des Streikbruches hin.

Von den Ausgaben der christlichen Gewerkschaften sind besonders diejenigen für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung ganz erheblich zurückgegangen, während die Ausgaben für Bildungszwecke um mehr als das Doppelte erhöht wurden. Dieser enorme Rückgang der Streikausgaben kommt beinahe einer Abrüstung im christlichen Lager gleich und bestätigt die an die Intervention des katholischen Klerus geknüpften Schlußfolgerungen, daß den christlichen Gewerkschaften die Waffe des Streiks so weit als irgend möglich aus der Hand gewunden werden sollte. Die Haltung der Christlichen bei den Streiks der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, der Metallarbeiter in Ludwigsburg und der Textilarbeiter im Jahre 1913 in Krefeld stimmt da-

mit durchaus überein. Wohin eine solche Taktik führt, das zeigt der Rückgang der Verbände der christlichen Bergarbeiter und Textilarbeiter und die Stagnation des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Zukunft wird lehren, ob diese streikfeindlichen Einflüsse auf die christlichen Gewerkschaften noch mehr die Oberhand gewinnen. Ist dies der Fall, dann wird man die christlichen Gewerkschaften aus der Reihe der gewerkschaftlichen Organisationen streichen und mit den streikfeindlichen katholischen Fachabteilungen auf gleiche Stufe stellen können.

